

Aufwärts

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus“.
Herausgeber D. Jarger.

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis: vierteljährlich 2,40 M.
Außerdem Postgebühren.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklame-
zeile 1,00 M. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung.
Schluß der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 292

Bielefeld-Bethel, Sonntag, den 14. Dezember 1919.

Jahrgang I.

O Gott, laß Deine Güte und Liebe
Mir immerdar vor Augen sein!
Sie stärkt in mir die guten Triebe,
Mein ganzes Leben Dir zu weihen;
Sie tröste mich zur Zeit der Schmerzen,
Sie leite mich zur Zeit des Glücks,
Und sie besieg' in meinem Herzen
Die Furcht des letzten Augenblicks.

Chr. F. Gellert.

Zeitbilder.

Unter den Ideen, die in dieser wildbewegten Zeit miteinander ringen, befindet sich auch die

antisemitische.

Sie ist nicht die Grundidee der Zeit, sie spielt nicht die Rolle des Grundfals, sie ist kein Hauptlaut, aber sie ist doch ein Konsonant, ein Mitlaut, von starker Eigenart. Der Antisemitismus gleicht heute einer Hochwelle, die das deutsche Volk erfasst hat und es in tiefster Seele bewegt. Der moderne Antisemitismus, sozusagen eine

Kriegs- und Revolutionsercheinung.

die nicht künstlich ins Leben gerufen, sondern als eine Reaktionsercheinung gegen das Überwuchern des Judentums entstanden ist. Die Wirtschaft der Kriegesgesellschaften, ist bekannt, in denen das jüdische Element sich stark bemerkbar machte; ferner hat das jüdische Element an dem Drückbergertum hinter der Front sein vollengetriebenes Maß von Schuld aufzuweisen. Welche Rolle das Judentum in der Revolution gespielt hat, das wird erst reiflos von der Geschichte aufgeklärt werden. Besonders aber ist es das Schieberrtum, das die Wuchergeschäfte und die ungeheure Preistreibererei auf dem Gewissen hat und bei dem wiederum das Judentum nicht nur stark beteiligt ist, sondern wohl auch die Führung hat. Aus allen diesen Gründen ist eine Erbitterung gegen die Juden in unserm Volke entstanden.

Wie in allen Volksströmungen, so mischt sich auch hier Berechtigtes und Unberechtigtes durcheinander. Fanatismus und Leidenschaft trüben den Blick für eine gerechte Würdigung der Tatsachen. Religiöse, politische und rassengeschichtliche Momente werden bewußt und unbewußt miteinander verbunden, so ist die antisemitische Stimmung entstanden, die sich in erster Linie gegen das jüdische Vordringen in Handel und Verkehr richtet.

Die wahren Gründe liegen indessen noch viel tiefer. Jeder Nichtjude ist doch in irgend einem Winkel seines Herzens Antisemit; denn der zerstörende Einfluß des jüdischen Elementes in Kultur, Wirtschaft und Nationalität macht sich überall bemerkbar. So sind im Altertum und im Mittelalter die Judenverfolgungen entstanden. Eine starke antisemitische Welle machte sich in Berlin in den 80er Jahren in der Reichshauptstadt bemerkbar, die aber die christlich-sozialen Bewegung schädigte. In der Vorkriegszeit ist von Vereinen und Parteien der Semitismus scharf bekämpft worden mit dem Erfolge, daß sein Einfluß immer größer geworden ist und in der Revolutionsperiode seinen größten Einfluß erreichte. Hier liegt eben der Grund für die neue antisemitische Welle.

Es fragt sich, wie muß zu dem antisemitischen Problem unsere Stellung unter dem christlichen und nationalen Gesichtspunkte sein? Die Antwort wird lauten müssen: Durch eine

christlich-religiöse Wiedergeburt unseres Volkes

wird ganz von selbst der zerstörende Einfluß desjenigen Teiles des Judentums, das man als das unbeschriebene Blatt zwischen dem Alten und Neuen Testamente bezeichnen kann, beseitigt. Wenn das tonangebende deutsche Publikum in der Literatur und in der Kunst den christlich-deutschen Geist in erster Linie berücksichtigen würde; wenn das deutsche Volk die jüdisch inspirierte Presse ablehnen würde, dann müßte das ganz von selber zur Zurückdrängung des jüdischen Geistes führen.

Auch unter dem nationalen Gesichtspunkte würde der zerstörende Einfluß des Judentums ausgeschaltet, wenn im deutschen Volke ein neuer nationaler Wille erstehen würde. In diesem Augenblick würde ganz von selber der überwiegende jüdische Einfluß verschwinden. Ganz dasselbe läßt

sich vom wirtschaftlichen Leben behaupten. Wenn heute, wo ein unglaublicher Warenhunger vorhanden ist, sich das Unternehmertum zusammenschließen würde und auf dem Wege der genossenschaftlichen Vereinbarung sich den Warenabsatz sichern würde, dann könnte dauernd der überragende Einfluß des jüdischen Elementes zurückgedrängt werden.

Auf dieser Linie allein kann gewiß in Zukunft die Vormachtstellung des Judentums zurückgedrängt werden. Die Juden haben die Gleichberechtigung in unserm Volke, ebenso wie in andern Kulturvölkern. Wir Deutsche können deshalb das Judentum unter kein Ausnahmerecht stellen, nachdem diese Ausnahmestellung schon seit der Stein-Hardenbergschen Gesetzgebung durchbrochen und seit der liberalen Ära aufgehoben worden ist. Es handelt sich also um eine Stärkung der christlich-nationalen Gesinnung in unserm Volke. Wenn die kommt, dann wird ohne Mühe, ohne Ausnahmegeetze und ohne Pogromstimmung die antisemitische Frage gelöst. Die Lösung läge im höchsten Interesse des religiösen und nationalgefinnten Judentums.

Paul Ruffer.

Sind unsere Feinde berechtigt, Deutschland ein Unrecht auf Kolonialbesitz zu bestreiten?

Von Seminarlehrer Rehm, Hilsenbach i. B.

(Fortsetzung.)

„Manchester Guardian“ schreibt am 9. Juli: „Der indische Dichter Rabindranath Tagore richtete an den Vizekönig einen Brief, in dem es u. a. heißt: Die schwerwiegenden Maßnahmen, die die britische Regierung angeordnet hat, um einige lokale Unruhen in Panjab zu unterdrücken, bringen uns mit tiefer Erschütterung die Hilflosigkeit unserer Stellung als britische Untertanen in Indien zum Bewußtsein. Die außerordentliche Härte der dem unglücklichen Volke auferlegten Strafen und die Methoden, diese auszuführen, sind nach unserer Überzeugung ohne Beispiel in der Geschichte zivilisierter Regierungen. Nachdrücklich müssen wir darauf hinweisen, daß weder aus politischen und noch weniger aus moralischen Gründen ein derartiges Vorgehen sich rechtfertigen läßt, wie man es hier gegen eine entwaffnete und hilflose Bevölkerung anwendet. . . . Wir wissen, daß unsere Appelle vergebens sind, und daß die Leidenschaft der Rache edlere Regierungen staatsmännischer Klugheit in unserer Regierung verdrängt, die nicht einsehen will, daß sie so leicht durch eine großmütigere Haltung ihre materielle Stärke und ihren moralischen Ruf festigen könnte. Das letzte, was ich daher für mein unglückliches Land tun kann, ist, unter voller Verantwortung einen Entrüstungsruf an die Millionen meiner Landsleute zu richten. Die Zeit ist gekommen, wo englische Ehrentitel für uns eine Schande bedeuten. . . . Das sind die Gründe, die mich zu meinem Bedauern zwingen, Euer Erzelenz zu bitten, den Adelsbrief zurückzunehmen, den ich die Ehre hatte, von Sr. Majestät dem Könige aus den Händen Ihres Vorgängers zu erhalten.“ (Zeitungsanricht.)

Gewiß hat England vieles zur Erschließung des Landes und zur Hebung der Bevölkerung getan, das soll auch jetzt nach dem Kriege nicht geleugnet werden, aber alle seine Maßnahmen sind doch nur bestimmt durch den frassensten Egoismus. Wie England, wo es sich um Geldverdien handelt, ohne Bedenken über die einfachsten und selbstverständlichsten Forderungen der Menschlichkeit zur Tagesordnung übergeht, zeigt der berühmte „Opiumkrieg“. England führte schon seit dem 18. Jahrhundert große Mengen Opium nach China aus und hatte an diesem zeitweilig wichtigsten Ausfuhrerzeugnisse Indiens z. B. 1882/83 eine Einnahme von 230 Mill. M., wodurch der Regierung ein Gewinn von 145 Mill. M. entstand. 1820 verbot die chinesische Regierung die Opiumeinfuhr, aber das „christliche“ England zwang im sogenannten Opiumkrieg (1839—1842) China, die Einfuhr des Volksgiftes wieder zu gestatten. Zugleich benutzte England den Krieg, Hongkong zu besetzen und dauernd festzuhalten.

Nordamerika: In dem Kriege gegen die für ihre Unabhängigkeit kämpfenden Nordamerikaner verbündete sich England mit den blutgierigsten Stämmen des amerika-

nischen Urwaldes und hegte die stasplüsternden Tröfesen auf die Siedelungen seiner eigenen Stammesbrüder. Tausende von Männern, Frauen und Kindern verrückelten auf einsamen Farmen unter dem indianischen Schlachtbeil, das England gegen sie gelenkt hatte. Der ältere Pitt selbst klagte im Jahre 1776 in donnernder Rede die am Ruher befindliche Regierung der „Bestialität“ an. (Geiser, Das perfide Albion.)

Dunkles Älterlei: In Ägypten verbietet England den Anbau des Tabaks, um die hohen Einfuhrzölle für Tabak zu erhalten, die Baumwollkultur wird dagegen zwangsmäßig gesteigert. — Lord Kitchener, der Bezwingen des Sudan, erhält den bezeichnenden Beinamen des „Schlächters von Omdurman“. — Wo es das „Geschäft“ verlangt, unterstützt man die Missionsarbeit durch riesige Beiträge, aber man fragt auch nichts danach, mitten im Frieden durch förmliche Menschenjagden die Eingeborenen zu vernichten (Australien, Tasmanien).

England arbeitet überall nach demselben Rezept: Zunächst wird das Land, das man erwerben will, durch rücksichtsloseste Härte zu Boden geworfen. Dann aber gibt man ihm weitgehende Selbstverwaltung, sorgt aber zugleich dafür, daß die verschiedenen Länder oder Volksstämme eines Landes sich gegenseitig schwächen und im Zaune halten. „Geld, Geld und immer wieder Geld!“ heißt bei England die Losung für all seine kriegerischen und auch die ihnen im Grunde gleichbedeutenden friedlichen Unternehmungen. Geld ist der heiser gierende Schrei, mit dem sämtliche Schichten des Volkes früh und spät auf Erwerb und Gewinn kürzer; Geld ist der gemeinsame Staatsgöke geworden.“ (Schilling, Englands Werdegang.)

2. Frankreich als Kolonialmacht.

Der ausgedehnte französische Kolonialbesitz, dessen Gewinnung bereits im 16. Jahrhundert beginnt, geht in der zweiten Hälfte des 18. oder zu Anfang des 19. Jahrhunderts an England verloren. Insbesondere gilt das von den Besitzungen in Nordamerika und Ostindien. Im Jahre 1830 beginnt dann Frankreich aufs neue, einen erheblichen Teil der Erde für sich zu gewinnen, und das ist ihm, dank seinem entschlossenen, vor keinen Maßnahmen zurückschredenden Verhalten, auch reichlich gelungen. Während Deutschland seinen Kolonialbesitz durchweg auf Grund friedlicher Vereinbarungen mit den Hauptklingen der Eingeborenen, also auf unbedingt einwandfreie Weise, gewonnen hat, ist Frankreich zum großen Teile erst nach blutigen Kämpfen, also gewaltsam, zu seinem Besitze gelangt. Auch an schweren Eingeborenenaufständen ist die französische Kolonialgeschichte überreich. Für die Entwicklung seiner Kolonien hat Frankreich, das soll durchaus nicht bestritten werden, Großes geleistet, wie denn überhaupt keine gesamte Kolonialpolitik wesentlich sauberer ist als die Englands. Dunkle Punkte bei Frankreich sind die zeitweilige Lage Stellung zum Sklavenhandel, die Benützung der Kolonien als Verschickungsort für Verbrecher (ebenso bei England), die reiche Verwendung der Eingeborenen als Kanonenfutter auf europäischen Kriegsschauplätzen (schon 1870) und die geradezu feindliche Stellung zur christlichen Missionsarbeit. Letzteres gilt vor allem für Madagaskar, wo man den Eingeborenen den Übertritt zum Christentum lange Zeit nahezu unmöglich gemacht, und unter den vorhandenen Christen förmliche Christenverfolgungen veranstaltet hat. Und der gesamte Erfolg der französischen Arbeit? Wenn man bedenkt, daß Frankreich seine Kolonien wesentlich länger im Besitze hat als Deutschland, so fällt eine Gegenüberstellung der Erfolge beider Staaten unbedingt zugunsten Deutschlands aus. Auch jetzt noch, nach mehr als 80 jährigem Besitze, sind z. B. die Ausgaben für Algerien höher als die Einnahmen.

3. Belgien als Kolonialmacht.

Die Gründung des Kongostaates erfolgte im Jahre 1885; Leopold II. von Belgien, der „königliche Kaufmann“, wurde der Schutzherr dieses „Freistaates“. 1908 ging das Land dann als Kolonie in den Besitz des belgischen Staates über. Welche Leistungen hat nun Belgien, das eigentlich ohne eigene Arbeit zu seinem Besitze gelangt ist, als Kolonialmacht aufzuweisen? „Kongogreuel!“ Das Wort kennzeichnet zur Genüge Belgiens Verdienste auf kolonialem

Gebiete. „Den Kongogreueln wird leider immer noch nicht ernstlich abgeholfen trotz der gegenteiligen Versicherungen des offiziellen Belgiens. Hier ist Kautschuk immer nur die Abgabe, die die Eingeborenen in den Inlandsdistrikten dem Staate entrichten müssen, während nur an den Ufern des Hauptflusses Geldabgabe statt Zwangsarbeit eingeführt ist. Als wir einige der größten Dörfer besuchten, waren wir über die Abwesenheit aller männlichen Bewohner, außer einigen kleinen Buben, alten gebrechlichen Männern und einigen Häuptlingen, erstaunt. Die Männer des Dorfes waren alle in der Tiefe der Wälder zum Sammeln der Kautschukabgabe. Unsere Erbitterung nahm zu, als wir Dutzende, ja Hunderte wohlgebaute Hütten vernachlässigt und verlassen fanden, manche davon verfallen, weil die Leute im Walde die Tage beschaffen und die Weiber, Witwen, Schwestern und Mütter die Felder zu bebauen, das Essen zu kochen und den Männern auf weite Strecken hinzubringen hatten. Die Leute müssen zwei, ja drei Monate ununterbrochen in den Wäldern bleiben, um „dem Staate“ seine Steuer zu zahlen.“ Bis tief in die Nacht hinein müssen diese Gummischlaven nach Kautschuk suchen. Eine Gruppe erzählte uns, daß vor einigen Wochen 35 Männer und zwei Häuptlinge die Flucht ergriffen, weil sie zuerst wegen ungenügender Leistung geprügelt und dann in den Wald zurückgeschickt wurden, um mehr zu beschaffen. Diese Leute leben nun als Heimatlose, bis sie von den Soldaten wieder eingefangen und zu neuer Hoffnungs- und endloser Plage gezwungen werden. Während das Gesetz als Grenze der Leistung 40 Stunden im Monat vorschreibt, beträgt die Zeit der Sklaverei in dem von uns besuchten Distrikte sechs und in einigen Fällen acht Monate des Jahres, und selbst die wenige übrige Zeit ist ihnen nie gesichert.“ (Missionar Davies in einem Missionsblatte.)

In manchen Fällen hat man den Eingeborenen, die nicht genug Kautschuk abgeliefert hatten, ohne Erbarmen Finger, Hände oder gar Arme abgehakt. „Drüben lag die Insel Idschwi. Sie war belgischer Besitz. Wird dieser Krieg nicht auch für sie eine Erlösung bringen? Wie ein qualvoller Alp lag der belgische Steuerdruck auf der Insel und ihrer Bevölkerung. . . Nicht als wenn der belgische Beamte, der im letzten Jahr vor Beginn des Krieges die Insel verwaltete, herzlos gewesen wäre. Oft hat er selbst aus eigener Tasche die Steuer bezahlt. Aber ein gewisser Steuerbetrag mußte von ihm herbeigeschafft werden, wenn er nicht seinerseits vor seiner Behörde als lässig dastehen und seines Amtes verlustig gehen wollte. Ganz offen sprach er es aus: „Wir wissen, daß wir die Kolonie nicht halten können, aber wir holen jetzt noch heraus, was eben herauszuholen ist, und dann verkaufen wir sie an den Meistbietenden, England oder Deutschland.“ (Missionar v. Bodelschwingh.) Wahrscheinlich unsere Feinde können stolz darauf sein, das Kulturvolk der Belgier in ihren Reichen zu haben!

Ludendorff als Politiker.

In seinem Buche über Ludendorff urteilt Dr. Spidernagel über die sogenannte „Ludendorff-Spende“, jener zugunsten der Kriegsgeschädigten im Herbst 1918 veranstalteten Sammlung, deren glänzendes Ergebnis noch in frischer Erinnerung ist, daß dieser Erfolg hauptsächlich dem Namen Ludendorffs zuzuschreiben sei.

Wir möchten freilich die Richtigkeit dieses Urteils insoweit einschränken, als wir zwar überzeugt sind, daß für die zahlreichen Verehrer Ludendorffs die Verbindung des Feldherrn mit dieser Sammlung ohne Zweifel ein Antrieb gewesen ist, sie nach Kräften zu fördern. Doch sind wir der Meinung, daß Ludendorff zu jener Zeit bereits viel zu sehr in das politische Getriebe hineingezerrt war, als daß nicht seine politischen Gegner, die damalige politische Mehrheit der deutschen Volksvertretung, alles aufgeboten hätte, auch diesem so einwandfreien Unternehmen entgegenzuarbeiten. Es ist uns aus jener Zeit noch erinnerlich, wie ein sozialdemokratisches Blatt ausdrücklich erklärte, sich an dieser Sammlung, deren edlen Zweck nicht verkannte, nicht beteiligen zu können, eben weil die Spende mit dem Namen Ludendorff verknüpft war und dieser Name schon längst ein Zeichen geworden war, an dem sich die Geister schieden. Ludendorff war eben ohne seinen Willen zu einer politischen Persönlichkeit gestempelt worden. Hören wir, wie er in

seinen „Kriegserinnerungen“ sich über diese leidige Tatsache äußert. Er spricht sich dort über seine Stellung zu politischen Fragen u. a. folgendermaßen aus:

„Um politische Parteien habe ich mich nie gekümmert. Ich bin weder Reaktions- noch Demokrat, ich trete allein für die Wohlfahrt, das kulturelle Gedeihen und die nationale Kraft des deutschen Volkes, für Autorität und Ordnung ein. Auf diesen Pfeilern ruht die Zukunft des Vaterlandes.“

Hieraus geht zur Genüge hervor, daß er politisch neutral war. Er dachte nur an die Kriegsführung und stellte dabei pflichtgemäß Forderungen, deren Notwendigkeit allerdings nur die rechtsstehenden Parteien einsehen. Er wurde von der Linken daher als „Reaktionär“ verschrien. „Hätte ich“ — so schreibt er — „die entsprechenden Anschauungen bei den demokratischen Parteien eingefunden, so hätte ich auch bei ihnen Anhänger gehabt und ich wäre dann vielleicht bei der Rechten als „Demokrat“ verschrien gewesen.“

Bei dem engen Zusammenhang zwischen Volk und Heer konnte es freilich nicht ausbleiben, daß die Heeresleitung auch in politischen Fragen Stellung nehmen mußte, sich also gewissermaßen politisch betätigte. Gab es doch sogar eine besondere politische Abteilung in der Obersten Heeresleitung. Es war also nichts als Pflichtgefühl, was Ludendorff veranlaßte, auch auf die Politik sein Augenmerk zu richten. Ohne Zweifel wird er seinen Namen bei politischen Entscheidungen auch aus dem Grunde hergegeben haben, um dadurch Hindenburg zu entlasten, der neben seiner ungeheuren militärischen Verantwortung nicht auch mit politischen Streitigkeiten behelligt werden sollte. Er hat seinen Zweck erreicht. Während er selber den Haß der linksstehenden Parteien auf seine eigene Person lenkte, ist Hindenburgs Gestalt frei geblieben von jeder politischen Verflechtung. Hindenburg aber hat Ludendorffs Treue mit Treue gelohnt, indem er noch jüngst vor dem Untersuchungsausschuß mannhaft für seinen Mitarbeiter eingetreten ist.

Tirols Hilferuf.

Wirtschaftlicher Anschluß an Deutschland.

Sommer wieder bricht sich in Deutsch-Österreich, und zumal in Tirol, die Erkenntnis Bahn, daß die Angliederung an Deutschland notwendig ist, weil die kleine deutsch-österreichische Republik allein wirtschaftlich unmöglich bestehen kann. Durch eine neue Kundgebung Tirols ist die Anschlußfrage Deutsch-Österreichs an Deutschland wieder in den Vordergrund gerückt.

Der Tiroler Landtag nahm den Dringlichkeitsantrag aller Landesparteien an, die Landesregierung wolle zu Errettung Tirols vor gänzlichem Zusammenbruch sofort mit der Staatsregierung in Wien verhandeln, damit diese beim Obersten Rat in Paris erwirke, daß Tirol mit dem Deutschen Reiche zu einem gemeinsamen Wirtschaftsgebiet zusammengefaßt werde.

Der Anschluß an Deutschland soll durch die Festlegung eines gemeinsamen Zollgebietes sowie durch die Währungsvereinheitlichung und die Ernährungsangelegenheit zum Ausdruck kommen. In politischer Beziehung soll Tirol bis auf weiteres bei Österreich bleiben. Der Antrag wurde unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen. Der Landrat wurde ermächtigt, die notwendigen Vorarbeiten für die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsgebietes sofort einzuleiten. Staatskanzler Dr. Renner, der sich zur Zeit in Paris befindet, um die Alliierten zu einer großzügigen Hilfsaktion für das nortende Österreich zu veranlassen, wurde telegraphisch von dem Beschluß in Kenntnis gesetzt und ersucht, den Beschluß beim Obersten Rat zu vertreten.

Da die österreichische Regierung mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Saint Germain ausdrücklich auf einen Anschluß der österreichischen Republik an Deutschland hat verzichten müssen, erscheint es sehr fraglich, ob sie sich dazu entschließen wird, die Wünsche des Tiroler Landtages dem Obersten Rat zu unterbreiten. Um so gewisser ist es dagegen, daß die Alliierten sich bei ihrer geradezu lächerlichen Durchdringung eines Wiederkartens Deutschlands diesem notwendigen und natürlichen Anschluß gegenüber ablehnend verhalten werden. Der Beschluß der Tiroler Volksvertretung läßt uns jedoch erkennen, daß der

ein Kind einer anderen Zeit; die Worte „anbetend überlege“ in dem Liede „Wenn ich, o Schöpfer, deine Macht“ — und „ist der ein Mensch, den sie nicht rührt“ in „Wie groß ist des Allmächtigen Güte“ sind für ihn überaus kennzeichnend. Aber wir täten dem frommen Manne unrecht, wenn wir ihn auf eine Linie stellen wollten mit den empfindsamsten Tugendpredigern, an denen besonders die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts so reich war. Hätte er uns nicht mehr zu bieten, so würde er wohl ziemlich vergessen sein. Doch vergessen ist Gellert nicht. Seine Lieder sind noch lebendig in der evangelischen Kirche und im deutschen Volke, sie werden noch gesungen und gebetet. Zu Weihnachten erklingt es: „Dies ist der Tag, den Gott gemacht“; zu Ostern: „Jesus lebt, mit ihm auch ich“; das Morgenlied „Mein erst Gefühl sei Preis und Dank“ erhebt uns und gibt uns gute Gedanken zum Beginn der Tagesarbeit; sein Trostlied „Auf Gott und nicht auf meinen Rat“ stärkt auch in den Nöten unserer gegenwärtigen schweren Zeit noch manche angefochtene Seele, und mit dem Liede „Nach einer Prüfung kurzer Tage“ richten wir unsern Blick hinauf zu der Ewigkeit, deren Leuchten unser armes Leben hell macht. Sind es auch nicht volltönende Gesänge triumphierenden Glaubens, sondern mehr fromme Betrachtungen, so lebt in ihnen doch echte evangelische Art, die ihr Bestes, ihren Haß und ihre Kraft aus Gottes Wort nimmt, sich an den lebendigen Heiland klammert und das Ziel der ewigen Herrlichkeit im Auge behält.

Gellert übte auf seine Zeitgenossen eine große und nachhaltige Wirkung aus. Davon zeugte seine Unterredung mit

Gedanke der Verbindung der österreichischen Länder mit dem deutschen Mutterland immer wieder aufleben und schließlich trotz des heftigsten Widerstandes der Entente siegen wird. Die Wiener „Neue Freie Presse“ ist der Ansicht, daß dieser Zeitpunkt in gar nicht allzu weiter Ferne liegt. Die Anfrage an die Entente werde beweisen, daß der Augenblick jetzt wirklich komme, daß es nicht so weitergehe und daß der Augenblick jetzt wirklich kommen könne, wo sich die Menschen um papierne Verträge nicht mehr kümmern und sich dorthin wenden, wo sie trotz St. Germain und Versailles aufgenommen werden müßten.

Die halbamtliche „Deutsche Allg. Ztg.“ bezeichnet den Hilferuf Tirols an die Entente als die unmittelbare Folge der Entschlebung des Landtages von Borsberg, der sich für den Anschluß an die Schweiz entschieden habe. Borsberg habe den ersten Anstoß zu dieser Bewegung gegeben, die aus der Erkenntnis der wirtschaftlichen Lebensunfähigkeit des in St. Germain konstruierten Deutsch-Österreichs mit Notwendigkeit früher oder später hervorgehen mußte. Daß Tirol den Weg über Wien gewählt habe, zeige, daß man sich der großen Schwierigkeiten, die selbst einem nur auf das Wirtschaftliche beschränkten Zusammenschluß mit dem Deutschen Reiche entgegenstehen, wohl bewußt sei.

Die Schulkrisis in Preußen.

Neuer Zwiespalt im Unterrichtsausschuß.

Im Unterrichtsausschuß der Preussischen Landesversammlung ist es zu einem neuen Zwiespalt zwischen der Regierungspartei gekommen. Es handelte sich diesmal um die Beratung eines Antrags um Verleihung des Charakters der höheren Lehranstalten an die Lehrerseminare. Die Mehrheitssozialisten forderten den Antrag: „auf simultaner Grundlage“. Das Zentrum sprach sich ganz entschieden dagegen aus und verlangte Zurückverweisung des Antrages an den Unterrichtsausschuß. Die Demokraten betonen, praktisch habe der Antrag keine Bedeutung, da in fünf Jahren ja die Lehrerseminare zu bestehen aufgehört haben sollen. Das Zentrum drohte darauf mit einem offenen Bruch und, wie der „Berl. Sozial-Anzeiger“ berichtet, mit der Gefahr des Abfalls der Randgebiete.

Das Berliner Zentrumsorgan, die „Germania“, betont in einer Polemik gegen das linksdemokratische „Berliner Tageblatt“, daß es sich bei den Ausführungen des Abg. Dr. Lauscher über die Mitgliedschaft der Priester in der Schuldeputation keineswegs um eine verbotliche Unternehmung des Abgeordneten handle, sondern daß er im ausdrücklichen Auftrage der Fraktion gesprochen habe. Für das Zentrum bedeute da nicht der Haß der Kirche auf die Schule und das Recht der christlichen Eltern auf die christliche Erziehung ihrer Kinder Forderungen, die es unter keinen Umständen preisgeben könne und würde. Die Fraktion werde ihr Verbleiben in der Regierung niemals um den Preis des Verrats an ihren Grundgesetzen erkaufen. Das Zentrumsblatt betont ausdrücklich, es gebe die Auffassung der gesamten Zentrumsfraktion der Preussischen Landesversammlung wieder, um eine Verhandlung über die schwebende Schulfrage in Preußen zu erzielen, wurden unter dem Vorbehalt des Reichspräsidenten Ebert Verhandlungen eingeleitet, an denen vom Zentrum die Abg. Frimborn, Dr. Spahn, Dr. Porck, Herold und Dr. Lauscher teilnehmen.

Während man hier bemerkt, eine Verständigung zu erzielen haben sich inzwischen auch in der Reichsregierung ergeben. Es handelt sich hier um die Haltung der Demokraten in der Frage des Reichsnotpapiers. Bekanntlich haben die Demokraten bei der zweiten Sitzung in der Nationalversammlung erklärt, daß sie die Vorlage nur vorläufig annehmen und sich endgültig erst in der dritten Sitzung entscheiden werden. Auch hier sucht man eine Verständigung zwischen den Regierungsparteien herbeizuführen.

Die Nationalversammlung.

— Berlin, 12. Dezember.

Kleine Anfragen.

Abg. Dr. Naht (D. Bp.) fragt an, ob die Regierung für Anrechnung eines Dienstjahres im Falle der Pensionierung eines Angehörigen der freiwilligen Krankenpflege sorgen will, die sich dienstlich im Kriegsgelände aufgehalten haben?

Friedrich dem Großen, der ihn „den vernünftigsten deutschen Gelehrten“ nannte; davon zeugt der Bericht, den Goethe in „Dichtung und Wahrheit“ von Gellerts moralischen Vorlesungen gibt; davon zeugt die Beliebtheit seiner Fabeln. Ist das nun auch heute mehr zurückgetreten, so leben doch manche seiner geistlichen Lieder heute noch fort und wirken erbaulich, erhebend und tröstend. Darum ist es wert, daß wir ihm ein dankbares Gedächtnis bewahren. In seiner Sterbestunde kam es zum Ausdruck, was seines Lebens innerste Kraft war. Er sagte: „Weil ich nicht mehr viel wissen kann, so ruhe mir nur den Namen des Erlösers zu; wenn ich den nenne oder höre, so fühle ich eine neue Kraft und Freude in mir.“ In solchem evangelischen Glauben ist Gellert am 13. Dezember 1769 entschlafen.

Ein Mediziner Ehren doktor der Theologie. Anlässlich der Hundertjahrfeier des Missionsvereins Bremen-Stadt, des Stammvereins der Norddeutschen Mission, hat die theologische Fakultät der Universität Halle a. S. dem Vorstehenden beider Körperschaften und des Bremer Vereins für ärztliche Mission, Professor Dr. med. Stoeveandt, Direktor der Bremer Krankenanstalt, der 1869 in Halle immatrikuliert wurde, die Würde eines Doktors der Theologie verliehen. Die vollzogene Ehrung ist zugleich ein erneutes Zeugnis der ungeschwächten Anteilnahme der theologischen Wissenschaft am Missionswerk.

Christian Fürchtegott Gellert.

(Zur 150. Wiederkehr seines Todestages.)

Das Gesangbuch ist das Buch, welches nährt der Bibel am meisten die Frömmigkeit des evangelischen Volkes nährt



und gestaltet. Es ist nicht einer der größten geistlichen Liederdichter, dessen wir heute gedenken. An Luthers Kraft, an Paul Gerhards Gehalt, an Tersteegens Innigkeit reichen die Lieder nicht heran, die wir von dem Leipziger Moral-Professor in unseren Gesangbüchern haben. Gellert war eben

Widerstandes
Neue Freie
punkt in gar
frage an die
died liegt wirt
und daß der
wo sich die
mehr kümmern
Germain und

Stg. bezeich
als die un
Landtages von
an die Schweiz
ersten An
aus der Gr
fähigkeit des in
reichen mit
haben, zeige
en, die selbst
chränkten Ju
entgegenste

Preußen.

Ausschuß
nischen Landes
Bischofswald
Es handelt
trags um Ver
hränken an
sien forderten
Das Zentrum
aus und ver
an den Unter
praktisch habe
führt haben
mit einem offe
Anzeiger" be
s der Hand

Germania",
tsdemokratische
Ausführungs
Mitgliedschaft
keineswegs um
geordneten ban
Aufträge der
Zentrum be
schule und das
christliche Erzie
s unter lei
ne und würde
der Regierung
ihren Grund
etont ausdrück
ten Zentrums
umlung wieder
die schwebende
wurden unter
ert Verhandl
rum die Abgg.
erold und Dr.

Verständigung
in der Reichs
hier um die
des Reichs
Demokraten bei
Versammlung er
aufia annehmen
nen Besung ent
an eine Ver
arteien herbei

mlung.

Dezember.

ob die Regie
hres im Falle
der freiwilligen
Kriegs

stigsten deutschen
den Goethe in
moralischen Vor
it seiner Fabeln
en, so leben doch
fort und wirken
it er wert, daß
ahren. In seiner
as seines Lebens
nicht mehr viel
des Erlösers zu
eine neue Kraft
gelischen Glauben
en. E. St.

ologie. Unfähig
s Bremen-Stadt,
ion, hat die theo
a. S. dem Vor
emer Vereins für
Stoer v. a. d. t.
1869 in Halle
Doktors der Theo
it zugleich ein er
nahme der theo

gegenüber Kahlmann: Die Reichsregierung ist bereit, sofort zu prüfen, ob der Anregung stattgegeben werden kann.

Abg. Dr. Mittelmann (D. Rp.) wünscht Auskunft, was die Reichsregierung angeht, die durch die erneute völkerrightsmäßige Disziplinäre hervorgerufenen vernünftigen Wirkungen für die deutsche Volkswirtschaft sowie der schweren Schädigungen der deutschen Arbeiterschaft zu tun gedenkt. Will die Regierung auch mit den neutralen Staaten deswegen in Verbindung treten?

Reichsminister des Inneren Müller: In den letzten Tagen sind einige Erleichterungen der Sperre eingeleitet worden, der Verkehr ist in beschränktem Umfang wieder aufgenommen worden, die schweren wirtschaftlichen Folgen werden voll gewirkt. Die Disziplinäre soll nach endgültiger Klärung des Baltikums sofort aufgehoben werden. Mit den interessierten neutralen Staaten ist die Regierung auch in Verbindung getreten.

Abg. Kumpke (D. Rp.) fragt an, ob die Regierung die Ausgabe kleiner Aktien und dadurch die Beteiligung der Arbeiterschaft an den Unternehmungen ermöglichen will.

Reichsjustizminister Dr. Schiffer: Die Änderung des Aktiengesetzes kann erst zusammen mit einer Änderung des Handelsgesetzes erfolgen.

Auf eine Anfrage des Abg. von Graefe (Dnall.) erwidert

Ministerialdirektor Dr. Steiner: Eine Ausdehnung der den Lazarettin, den gewählten Wirtschaftsbeihilfen auf Unterhaltungsleistungen ist nicht beabsichtigt, ebenso wenig die Berufung eines Vertreters der Lazarettinassen ins Arbeitsministerium.

Auf eine Anfrage des Abg. Brunn (Dnall.) erwidert ein Regierungsvertreter: Liebesgabenentwässerung aus Anstalten ist im allgemeinen zulässig. Eingekerkerten merke nur, wenn der Verdacht besteht, daß es sich um Lieferungen zu gewerblichen Zwecken handelt.

Dem Abg. Kocise (Dnall.) erwidert

Unterstaatssekretär Dr. Peters: Das Deputat der wirtschaftlichen Arbeiter, soweit es über die Selbstversorgung hinausgeht, mußte auf eine gewisse Höchstgrenze beschränkt werden, da in einzelnen Gegenden die Höhe des Deputats mit den Interessen der Volksernährung nicht zu vereinbaren war.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzesentwurfs über die

Erweiterung der zu den Gebühren der Rechtsanwältinnen und Gerichtsvollzieher.

Reichsjustizminister Dr. Schiffer empfiehlt die Vorlage. Zwischen den Interessen der Anwältinnen, die Anspruch auf Erhöhung der Gebühren haben, und den Interessen des Publikums, dem die Rechtspflege nicht zu sehr verteuert werden darf, müßte ein Ausgleich gefunden werden.

Dr. Lattmann (Dnall.) teilt mit: Abgeordnete von jenen Parteien hätten sich zu einer interfraktionellen Besprechung zusammengefunden und schlagen eine weitere Erhöhung der Gebühren vor. Redner schließt: die Notlage des Anwaltsstandes. Die großen Einkünfte einzelner Anwälte dürfe man nicht verallgemeinern.

Die Vorlage wird in allen drei Lesungen mit den Erhöhungsanträgen Lattmann angenommen.

Die Vorlagen über die Eisenbahnaufsicht und über die vorläufige Regelung der Luftfahrt werden in allen drei Lesungen angenommen.

Der Gesetzesentwurf über die Gewährung von Strafrecht und Strafverurteilung in Disziplinarverfahren wird dem Ausschuss überwiesen.

Das Gesetz über die Verfolgung von Kriegsverbrechen und Kriegsvergehen wird in erster Lesung ohne Aussprache angenommen und dem Verfassungsausschuss überwiesen.

Das Haus vertagt sich.

Sonntagabend 1 Uhr: Deutsch-polnische Beamtenfragen, Kriegsverbrechen, Bankgesetz.

Schluß nach 3 Uhr.

Preuß. Landesversammlung.

— Berlin, 12. Dezember.

Kleine Anfragen.

Dr. Bellefierung von landwirtschaftlichen Arbeitern mit Kleibern und Stiefeln ist eine Sonderverordnung ergangen; auf Gleichstellung mit den anderen Arbeitern wird hingewirkt. Eine Ausfuhr rheinisch-westfälischer Eisen- und Stahlproduktionsgegenstände und von Lokomotiven ins Ausland kann nur allgemein durch Ausfuhrverbot verhindert werden. Der Angelegenheit, bei der es sich besonders auch um die Hannoverische Maschinenfabrik handelt, werde die Aufmerksamkeit der Regierung zugewendet. — Für die an die Entente abzuliefernden Milchtiere habe der Reichsminister nur ganz allgemeine Richtpreise festgesetzt. Eine ungerechtfertigte Sonderbelastung der Landwirtschaft werde vermieden werden.

Kultus-Stat.

Die Beratung des Kultus-Stats wird beim Abschluß „Provinzialhochschulen, Prüfungsämter, höhere Lehranstalten“ fortgesetzt.

Abg. Frau Dr. Heine (Dem.): Die Frauen müssen bei der Besetzung der Schulleiterposten mehr berücksichtigt werden. Der preussische Staat gibt heute mehr Geld aus für die Pferdebesitzer als für die Mädchen. (Hört! Hört! links.) Die Posten von Ministerialdirektoren müssen auch Frauen zugänglich gemacht werden. Noch immer herrscht Furcht vor der wirtschaftlichen Konkurrenz der Frau. Wir verlangen ebensoviel Lehrerinnen an Knabenschulen wie Lehrer an Mädchenschulen, oder Gemeinschaftserschulung. (Beifall bei der Demokraten.)

Ein Regierungsvertreter: Stellen in der Schulleitung sollen nicht nach dem Geschlecht, sondern nach der Begabung vergeben werden. Daß die Frauen zahlreich hinter den Männern zurückstehen, liegt da an, wenn wir noch nicht genügend akademisch gebildete Lehrerinnen haben. Daß den Frauen Anteil an der Knabenerziehung gegeben wird, erkennt die Regierung an.

Kultusminister Haenisch: Ich habe als erster Minister ein Frau ins Ministerium berufen. Ich werde auch gern eine Frau, die sich eignet, zum Vortragenden Rat ernennen.

Vergessen Sie nicht

Ihre Zeitung diesmal

frühzeitig zu bestellen.

Der 25. Dezember sollte der letzte Termin sein

Die Oberlehrerschaft sollte sich endlich innerlich mit dem neuen Ausführenden und an der Schulreform mitarbeiten. Bedauerlicherweise erhält das Ministerium ständig über die antisemitische Verhöhnung unserer Jugend. Germanen und Juden sind aber auf Zusammenarbeit angewiesen. Wenn ich nicht immer meine sozialdemokratischen Grundzüge so vertreten kann, wie ich möchte, so ist die Zersplitterungspolitik der Unabhängigen mit der Heberpannung ihres Rätegedankens daran schuld. (Große Unruhe bei den Unabhängigen.) Dadurch ist die Arbeiterschaft nicht zu der ihr gebührenden Nachstellung gekommen. (Lebhafte Zwischenrufe rechts.) Die gegenwärtige Koalition ist eine Vernünftige. (Lebhafte Zwischenrufe.) Oder

wenn Sie wollen, eine Zwangsche. Wir sehen den Anfang eines Konflikts, aber das Ende sind wir nicht Herr. (Allgemeine Unruhe.) Das Parteinteresse muß zurücktreten, wenn das Vaterland in Gefahr ist.

Abg. Frau Dr. Spöhr (Dnall.): Wie gering ist der Etat des Mädchenschulwesens gegenüber dem der Knabenschulen. Wir sind gegen eine mechanische Hebertragung der Ausbildung der Knabenschule auf die Mädchenschule; die weibliche Eigenart muß erhalten bleiben.

Dr. Hennig (U. Soz.): In dem Streit mit der Regierung ist das Zentrum Sieger geblieben. Eine Regierung, die keine sozialistischen Reformen bringt, und bringen kann, darf auf unser Vertrauen nicht rechnen.

Abg. Frau Dörmann (Dnall.): Die Einheitschule, wie ich sie auffasse, soll den Mädchen ermöglichen, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Wir wünschen eine Grundschule von vierjähriger Dauer, dann eine sechsjährige Mittelschule und eine Oberschule von drei Jahren.

Es folgen die Abstimmungen über die zum Kultus-Etat gestellten über 150 Entwürfe.

Bei der Abstimmung über die Vitzschschrist um Verhinderung eines ultramontanen Ministeriums für die Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und über die Abkündigung der Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften bleibt das Zentrum gegen das Haus in der Minderheit.

Der Antrag Hoffmann auf Aufhebung des Bismarck für Verbrechen wird angenommen. Ebenso der Antrag auf Trennung des Ritters vom Leichendienst. Nächste Sitzung morgen 11 Uhr.

Deutsches Reich.

— Der Reichspräsident verdrängt einer Abordnung des Einheitsverbandes der Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen (Sitz Leipzig), allen seinen Einfluß geltend zu machen um baldigst eine Abhebung der bestehenden Notlage herbeizuführen.

— Bei der Beratung des Reichseinkommensteuergesetzes im Steuerauschuß der Nationalversammlung teilte der Reichsfinanzminister Erzberger mit, daß die Regierung beabsichtige, mit fremden Staaten Verträge zur Abwendung von Doppelbesteuerung zu schließen.

— Der Reichsratsausschuß der Nationalversammlung hat das Wahlalter auf 18 Jahre fest. Wählbar zum Reichsrat sind Arbeitnehmer beiderlei Geschlechts im Alter von 24 Jahren.

— Auf Anordnung des Reichskommissars für Ein- und Ausfuhrbewilligung bedarf die Ausfuhr von Möbeln und Möbelteilen von jetzt ab wieder einer besonderen Ausfuhrbewilligung, deren Erteilung davon abhängig ist, daß die dem ausländischen Käufer berechneten Preise, insbesondere mit Rücksicht auf den Kursstand, angemessen sind.

— Oberst Reinhard aus der Reichswehr entlassen. Der Kommandeur der Berliner Reichswehrbrigade Oberst Reinhard ist aus der Reichswehr ausgeschieden. Außerdem ist er mit der gesetzlichen Pension zur Diszidentur gestellt worden. — Aus der Meldung ist nicht ersichtlich, ob das Scheiden des Obersten Reinhard aus dem Dienst auf seine eigene Anregung hin erfolgt oder auf Veranlassung des Reichswehrministeriums zurückzuführen ist. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bemerkt, ist die Annahme oder gar ein Beweis dafür, daß Oberst Reinhard in irgend einer Form durch die Enthaltungen des Marschpropheten belastet worden sei, bisher nicht gegeben. Es darf nicht vergessen werden, daß es dem entschlossenen Zugreifen des Obersten Reinhard zu verdanken ist, von Berlin und auch der gesamte Staat während der Märzunruhen dieses Jahres von der Spaltungsfähigkeit bewahrt worden ist.

— Stellungnahme der Anwesenenden. Im Ausschuss für das Einheitssteuergesetz wurde über die Ineranten länger Zeit verhandelt. Der sozialdemokratische Antrag durchgehend nur 5 Prozent zu erheben, wurde abgelehnt. Angenommen wurde dagegen der Antrag Waldheim (Dem.), wonach sich die Ineranten von 10 Prozent bei den ersten 100 000 Mark Einkommen jährlich auf zwei Prozent, für die nächsten 100 000 Mark auf drei Prozent usw. bis zu neun Prozent ermäßigt. Die Plattensteuer wurde entsprechend einem sozialdemokratischen Antrag auf fünf Prozent festgesetzt. Angenommen wurde auch die Umwandlung von 10 Prozent für Aufenthaltsgewährung in Gehalts. Pensionen usw., sowie für die Aufhebung von Geld. Wertlosen usw. Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde die Vermietung von Reithäusern der gleichen Steuer unterworfen. Die Gaststättensteuer soll nur erhoben werden, wenn das Entgelt für den Tag mindestens fünf Mark beträgt. — Die Vereinigung großstädtischer Zeitungsverleger hat in einer Eingabe an die Reichsregierung und die Nationalversammlung energischen Einbruch gegen die Anzeigersteuer erhoben. Eine Sonderbesteuerung der Presse würde bei den bereits außerordentlich hohen Kosten des inländischen Redaktionsdienstes, der Ver-

vielfachung der Löhne und Gehälter des kaufmännischen und technischen Personals sowie den unerhörlichen Papierpreisen eine wesentliche Einschränkung des Auslandsdienstes und Herabsetzung des Redaktionslobes zur Folge haben.

— Der Tragerrecht im Untersuchungsausschuß. Der parlamentarische Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung beschloß mit allen gegen zwei Stimmen zu erklären, daß jedes Mitglied des Untersuchungsausschusses Tragerrecht habe und infolgedessen auch jede Auskunftsperson die Antwortpflicht jedem Ausschussmitglied gegenüber zu erfüllen habe. Im übrigen beschloß der Ausschuss, daß er in seiner Vollversammlung nicht, als Beschwerdeinstanz für Einsprüche gegen Entscheidungen des Unterausschusses anzurufen werden könne. Jeder Unterausschuß hat selbstständig über die etwaigen Einsprüche von Auskunftspersonen oder Sachverständigen zu entscheiden.

— Die Milliardenkosten der Weisung. Die im Friedensvertrag für 15 Jahre festgesetzte Besetzung des Rheinlandes wird von der Entente dazu benutzt, um einen großen Teil ihrer Heeresausgaben auf das Deutsche Reich abzuwälzen. So sieht der englische Heeresetat ein Besatzungsheer am Rhein in der Stärke von 40 000 Mann vor. Diese Zahl soll bis Ende März auf 325 000 Mann herabgesetzt werden. Die Unterhaltungskosten der Besatzungsarmee sind auf 153 Millionen Pfund — bei einem Heeresetat von 400 Millionen Pfund — veranschlagt. Allein für das englische Besatzungsheer soll Deutschland jährlich drei Milliarden Goldmark aufbringen, das bedeutet 30 Milliarden Mark in Papiergeld. Noch viel höhere Forderungen wird Frankreich stellen, das mindestens die Hälfte seines Heeres auf deutschem Boden belassen wird. Da die Unterhaltungskosten für die Besatzungstruppen in erster Reihe von den 20 Milliarden Goldmark, die bis April 1921 von Deutschland zu zahlen sind, bestritten werden müssen, bleibt für die übrigen Entschädigungsansprüche der Ententemächte nicht mehr viel übrig. Umso härter werden die Lasten in den darauffolgenden Jahren sein.

— Amerikanische Methodistenmissionen beim Reichspräsidenten. Der Reichspräsident empfing eine Kommission der methodistischen Episkopatkirche von Amerika, die zurzeit Mitteleuropa in der Absicht bereist, ihr dort fest bedeutendes Missionswerk daselbst noch weiter auszubauen. Die Kommission berichtete Herrn Ebert über ihre in den schwergeprüften Ländern, insbesondere in Deutschland, gewonnenen Eindrücke. Der Reichspräsident sprach der Kommission den tiefgefühlten Dank des deutschen Volkes für die bereits in so reichem Maße von den amerikanischen Methodisten hier eingegangenen, durch das deutsche Volk Kreuz verteilten Liebesgaben aus, die in fast allen Gauen des Reiches zur Linderung der Not beigesteuert hätten. Gleichzeitig wies er darauf hin, daß der Besuch der amerikanischen Geistlichen das allmählich zwischen den vormalig feindlichen Völkern neu entspannte Wohlwollen sichtbar zum Ausdruck bringe.

— Der Konfirmationsunterricht bedroht. Die Mitteilung von der beabsichtigten Verweisung des Konfirmationsunterrichts aus dem Lehrplan der Schulen, wie sie ein der Preussischen Landesversammlung vorliegender Antrag vorsieht, ruft, wie dem „Berliner Lokalanzeiger“ geschrieben wird, in den beteiligten Kreisen größte Beunruhigung hervor. Würde im Verfolg dieses Antrags der Konfirmationsunterricht auf den Nachmittag verlegt werden müssen, so würde das nach Lage der Verhältnisse, insbesondere in den Städten, geradezu einen Zusammenbruch des Konfirmationsunterrichts zur Folge haben. Außerdem müßten dann gezwungenermaßen wichtige Antisindikalisation der Geistlichen, wie Taufen, Trauungen, Krankensalbe, Beerdigungen auf den Vormittag angelegt werden. — Die Oldenburgische Landeslehrerversammlung nahm einstimmig folgende Entschliessung an: „Der Konfirmationsunterricht schädigt die Schule; wir fordern darum, daß derselbe in die Zeit nach der Schulentlassung verlegt wird.“ — In Hamburg wird vom 1. Januar ab der feinerzeit durch den Arbeiter- und Soldatenrat abgeschaffte Religionsunterricht in den Schulen Hamburgs wahlfrei für Lehrer und Schüler wieder eingeführt.

Rundschau im Ausland.

— Die schweizerische Bundesversammlung hat den bisherigen Vizepräsidenten Motta zum Bundespräsidenten gewählt.

— Eine serbische Delegation ist beauftragt, mit dem Reichspräsidenten der deutschen Republik, Ebert, beaufsichtigung der diplomatischen Beziehungen zwischen Serbien und Deutschland in Fühlung zu treten.

— Die britische Regierung hat ihre Forderungen für den Geheimdienst von 100 000 auf 200 000 Pfund Sterling erhöht.

Ungarn: Eine neue Demütigung Ungarns.

— Auf die beiden Raten des ungarischen Ministerpräsidenten Huszar antwortete Clemenceau im Austrage des Obersten Rates: „Der Oberste Rat hat Kenntnis genommen von der Antwort der ungarischen Regierung, welche beagt, daß die drei Persönlichkeiten, die sie als Friedensbegehrte aussersehen hat, von den Rumänen interniert gehalten werden. Der Oberste Rat hat sich mit dieser Frage nicht zu befassen und erneuert die Aufforderung an die ungarische Regierung, innerhalb möglichst kurzer Frist Delegierte nach Neuilly zu entsenden.“

Frankreich: Volles Einvernehmen zwischen den Alliierten.

— Laut „Agence Havas“ haben Clemenceau und Lloyd George festgelegt, daß zwischen ihnen volles Einvernehmen über die Ineranten des Friedensvertrages herrsche. Sie prüften auch andere Frankreich und England interessierende Fragen, über die sie zu einem völlig befriedigenden Ergebnis gelangten. Bonar Law teilte im Unterhause mit, daß das russische Problem sich unter den Fragen befinden werde, die zwischen Lloyd George, Clemenceau und dem italienischen Minister des Äußeren Scialoja besprochen werden. Es könne jedoch schwerlich erwartet werden, daß es bei diesem Besuch zu irgend einem bestimmten oder endgültigen Beschluß kommt.

England: Der britische Deutentell.

— Auf eine Anfrage im englischen Unterhause erklärte der Unterstaatssekretär der Handelsmarine, daß bis zum 7. Dezember 355 deutsche Handelschiffe mit einem Rauminhalt von 1 788 913 Tonnen an die Alliierten ausgeliefert worden seien. Von diesen Schiffen gelangten 230 Fahrzeuge von 1 200 000 Tonnen Rauminhalt in englischen Besitz.

